

BRIV

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

1. Februar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F7 Jannowitz 2582 und 0488.

5. Jahrgang Nr. 3

Gemeindearbeiter, her zu uns!

Die nachstehenden Vorgänge auf dem Schlachthof sollten allen dort beschäftigten Arbeitern zeigen, daß sie sich in einer realen Klassenkampforganisation vereinigen müssen, wenn sie gewillt sind, gegen ihre gänzliche Verelendung anzukämpfen.

Nachdem den Gemeindearbeitern durch Notverordnung der Lohn innerhalb eines Jahres dreimal gekürzt worden ist, Zulagen entzogen wurden, ohne daß die freigewerkschaftliche Organisation, der Gesamtverband, auch nur einen Finger krumm machte gegen diesen Lohnabbau, verkündete dieser stolz in einer am 2. November stattgefundenen Versammlung, daß, gemessen an der Forderung der Arbeitgeber (Berliner Magistrat), welche 9% betrug, die vor sich gegangene 4 1/2%ige Lohnkürzung als ein Erfolg der Verhandlungskunst des Gesamtverbandes zu betrachten sei.

In dieser Versammlung bemerkte der Referent Reuter, daß jetzt aber Schluß mit weiterem Lohnabbau auf dem Schlachthof sei.

Am 1. Januar, 8 Wochen später, hat Euch die von diesen Gewerkschaften tolerierte 4. Notverordnung abermals 10% vom Lohn geraubt. Um der Arbeiterschaft diese „Notwendigkeit“ schmackhaft zu machen, hat man ihr einen Preisabbau versprochen. Wie dieser aussieht, werdet Ihr am besten an Euren Portemonnaie merken.

Aber die 4. Notverordnung wird noch nicht die letzte gewesen sein, es wird eine 5. und 6. folgen; für die man aber erst nach einer „Begründung“ suchen muß.

Nach der bereits erwähnten Vierten Notverordnung fühlte sich der SPD-Betriebsratsvorsitzende Moldmann verpflichtet, eine Belegschaftsversammlung der auf dem Schlacht- und Viehhof-Beschäftigten einzuberufen, in welcher der Reichstagsabgeordnete Reifner von SPD-Gnaden die Kollegen über die Auswirkung dieser Notverordnung aufklären sollte.

Die RGO. beantragte, ihrem Redner eine halbe Stunde zu gewähren für ein Korreferat. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit dafür und trotzdem erklärte die Leitung, dieser Antrag sei abgelehnt.

Da es hierauf unter den Anwesenden sehr lebhaft wurde, erklärten Moldmann, Mielke und Co. die Versammlung für geschlossen und zogen mit ihren Getreuen, ca. 150 Mann, aus dem Saal.

Die RGO.-Betriebsräte wollten nun die Versammlung weiterführen, doch Moldmann rief die Polizei, die die Versammlung auflöste.

Um in Zukunft nicht wieder von Störenfriede belästigt zu werden, beraumte Moldmann für den 21. d. Mts. eine Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes an.

Die auf dem Schlachthof beschäftigten Mitglieder der revolutionären Industrie-Verbände wissen, daß von

diesen reformistischen Handlangern des Kapitals nichts im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter zu erwarten ist. Unsere Ansicht ist jedoch, daß es nicht richtig war, diesen Gelegenheit zur Auflösung der Versammlung zu geben.

Hiermit hat die RGO. wieder einmal gezeigt, daß sie es nicht versteht, die Massen für revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Wenn schon der Korreferent abgelehnt wurde, so mußte man doch versuchen, den reformistischen Demagogen in der Diskussion die Maske vom Gesicht zu reißen, damit die heute noch im Gesamtverband organisierten Kollegen erkennen, daß durch diese Organisation nicht die Interessen der Arbeiter des Schlachthofes vertreten werden.

Wir sagen daher, die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaften ist die dringendste Notwendigkeit, um den Kapitalismus wirksam bekämpfen zu können. Um solchen Leuten wie Moldmann und Co. das Handwerk zu legen, müssen die Arbeiter sich in revolutionären Klassenkampforganisationen zusammenfinden.

Der Kurs der RGO., der einmal fordert, die Rote Gewerkschafts-Organisation aufzubauen, das andere Mal lokale Einheitsverbände aufzuziehen und drittens vorschreibt, in den reformistischen Gewerkschaften weiter zu arbeiten, um diese zu revolutionieren, dient nicht zur Schaffung realer Klassenkampforganisationen. — Niemand kann zwei Herren dienen, wie man auch keine Parteigewerkschaften aufziehen kann, ohne das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder mit Füßen zu treten.

Der Beweis hierfür ist die seit dem Jahre 1922 betriebene Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Partei, ist die Zerschlagung der einstmaligen selbständigen Verbände (Union der Hand- und Kopfarbeiter, Chemie-Arbeiterverband, Schiffahrtsbund, Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bekleidungs-Arbeiterverband, Opposition, Buchdrucker-Verband, Opposition u. a.). Man zerschlug diese, als die Mitglieder nicht mehr nach der Willkür der Partei tanzen wollten, sondern für ihre Organisationen das Mitbestimmungsrecht forderten.

Was die Kollegen Gemeindearbeiter, wie alle Arbeiter der anderen Industriezweige brauchen, sind selbständige revolutionäre Industrie-Verbände, aufgebaut auf der Grundlage, ein Industriezweig — ein Verband, in denen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder oberstes Gesetz ist.

Die Arbeiter des Schlacht- und Viehhofs sollten hieraus die Lehre ziehen und sich einreihen in die Gruppe Staats- und Gemeindearbeiter innerhalb des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände.

Die Banden Hitlers pfeifen auf seine Legalitätsbeteuerungen!

Im Norden Berlins, in Reinickendorf-Ost, haben 200 Nationalsozialisten planmäßig einen Ueberfall auf eine Laubenkolonie („Felsenack“) vorgenommen, dem ein Mitglied unserer Bruderorganisation, des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe, der 29jährige Fritz Klemke, zum Opfer fiel.

Während einer in Waidmannslust veranstalteten Versammlung der NSDAP. wurde beschlossen, eine Strafexpedition nach der mehr denn 6 km entfernt liegenden Laubenkolonie in Reinickendorf-Ost zu veranstalten.

Zweihundert dieser Helden machten sich, begleitet von einem Polizeiführer mit 6 Beamten, bewaffnet auf den Weg. Nachdem sie die gesamte Kolonie umzingelt hatten, führten sie ein Steinbombardement auf die Lauben aus, was die Kolonisten veranlaßte aus ihren Lauben zu kommen.

Auf die Laube des Kollegen Klemke hatten sie es vornehmlich abgesehen. Als dieser, durch das Bombardement aufgeschreckt, aus seiner Laube kam, wurde er durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Ein wildes Schießen begann. — Die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“ nahm dies zur Veranlassung, um von „kommunistischen Mordüberfällen“ auf SA.-Leute“ zu berichten, während selbst der Polizeibericht zugeben muß, daß es sich nach den bisherigen Feststellungen um einen planmäßigen Ueberfall von Nazis auf die Laubenkolonisten handelte.

Nur dem Umstand, daß sich die Bewohner der Laubenkolonie energisch zur Wehr setzten, ist es zu verdanken, daß nicht ein größeres Blutbad angerichtet wurde.

Was uns höchst sonderbar erscheint, ist, daß trotz Demonstrierens der Nationalsozialisten nachts von Waidmannslust nach Reinickendorf-Ost marschieren durften und daß dieser Marsch sogar von Polizei begleitet und beschützt wurde, daß man aber Kolonisten, die sich gegen diesen Terror zur Wehr setzten, ins Polizeirevier sperrte. Selbst das „Berliner Tageblatt“ muß bemerken: „Bis Mittwoch Mittag hatte die Polizei noch keine Erklärung über die unklare Haltung der Polizeitruppe abgegeben, die in der Nacht des Ueberfalles mit ihrem Auto dicht bei „Felsenack“ wartete, weil angeblich wegen der schlechten Straße das Auto nicht direkt an den Kampfort hinkonnte. So unbefahrbar ist jedoch die Straße nicht, un bequem aber nicht unmöglich. — Wo blieb die Schupo?“

Soweit der Bericht des „Berliner Tageblattes“. Nachforschungen haben einwandfrei ergeben, daß die Bewohner dieser Laubenkolonie sich aus allen Parteirichtungen zusammensetzten, 90 Prozent sind unpolitisch. Sogar Polizeibeamte wohnen in dieser Kolonie.

Dieser Vorgang in Reinickendorf-Ost ist ein Menetekel und muß ein Alarmruf sein für die gesamte Arbeiterklasse, sich nicht länger abwartend zu verhalten, sondern sich endlich auf ihre eigene Kraft zu besinnen.

Man spricht so viel von Einheitsfront, ohne jedoch über den Rahmen einer einzelnen Partei oder sonstiger linksstehenden Gruppen hinaus eine Einheitsfront zu wollen. Anstatt ohne Unterschied der Partei oder Gewerkschaftsrichtung

(Fortsetzung auf Seite 2 unten.)

Imperialistischer Hexenkessel

In Ouchy bei Lausanne sollte eine Konferenz der Vertreter der am Young-Plan beteiligten Mächte stattfinden, um die Reparations- und die Kriegsschuldenprobleme zu lösen.

Die diplomatischen Verhandlungen über das Für oder Wider boten der bürgerlichen Presse Stoff für große Sensationsberichte, haben sich doch Minister gegenseitig besucht, um Fühlung zu nehmen.

Jetzt scheint die Geschichte in die Brüche gehen zu wollen, meldet doch Agentur Havas. Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann.

Man scheint sich in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 abgelaufene Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter den gleichen Bedingungen auf sechs Monate zu verlängern.

Gleichzeitig fordern die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung von der amerikanischen Regierung gleiche Behandlung für die Dauer des Deutschland zu gewährenden Moratoriums.

Sollte eine Verständigung auf dieser Grundlage auf diplomatischem Wege erzielt werden, sei die Lausanner Konferenz gegenstandslos, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Dann könne eine Zusammenkunft von Finanzachverständigen stattfinden, die die Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums ausarbeiten.

Nach einer Mitteilung des Londoner „Observers“ sollen Deutschland, Frankreich, Italien und England bereits auf diesen Vorschlag eingegangen sein. Das Aussetzen der endgültigen Lösung der Reparationsfrage um einige Monate soll den Zweck haben, den Imperialisten Zeit zu geben für den Schacher zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten um die Frage der Kriegsschulden und der Abrüstung, und um ihnen weiterhin die Möglichkeit zu geben, die politische Entwicklung in Deutschland abzuwarten, also erst festzustellen, wer eigentlich befugt sei, im Namen des deutschen Kapitalismus zu sprechen, Brüning oder Hitler?

Der deutsche Reichskanzler Brüning hat den Vorschlag einer einjährigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums als unannehmbar bezeichnet.

Amerika gibt die Erklärung ab, daß es sich nicht auf eine Verknüpfung der Frage des Schuldennachlasses mit der Frage der Abrüstung einlassen werde, daß im übrigen die europäischen Staaten ihre Schulden bezahlen könnten, wenn sie untereinander das Vertrauen wieder herstellen und ihre Rüstungsausgaben herabsetzen würden.

Inzwischen wird von den nationalistischen Kreisen die Rede Brünings über die Ablehnung weiterer Reparationszahlungen durch Deutschland als Stichwort aufgegriffen und tobt sich in den Versammlungen der Nationalsozialisten in heftigen Brandreden aus.

Seldte, der Stahlhelmführer, hielt anlässlich der Gründungsfeier des Leipziger Stahlhelms im großen Saale des Zoo eine Brandrede gegen den Marxismus und forderte die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung. „Man muß das Land von den Kräften befreien, die sein Vorwärtskommen hindern und an deren Stelle die nationalen Kräfte ans Ruder kommen lassen. — Wir können nicht mehr zahlen, wir wollen nicht mehr zahlen und wir werden nicht mehr zahlen! Wir wollen den Osten zurückhaben, auch die Kolonien wollen wir zurückhaben. Die Nation muß die Kraft und den Willen haben, ein zweites Tannenberg noch einmal siegreich durchzuschlagen.“

So offen wird die Kriegstrompete geblasen. Die französische Regierung hat bei den Vereinigten Staaten anfragen lassen, ob sie evtl. zu einem entsprechenden Nachlaß bereit seien. Natürlich prompte Ablehnung.

Léon Blum, als Vertreter der französischen Sozialisten, erklärte in der Kammer, die Höhe der deutschen Zahlungen an Frankreich durch ein internationales Schiedsgericht nachprüfen zu lassen. Er betonte, die französischen Sozialisten verzichten nicht auf den Grundsatz internationalen Rechts. Das „Wiedergutmachen“ materieller Verwüstungen trage den Charakter eines natürlichen Rechtes; eine restlose Streichung der Reparationen sei nicht angebracht.

Der deutsche Sozialdemokrat Löbe, als treuer Diener der Außenpolitik Brüning-Hitlers erklärte nach dem „Vorwärts“, „wir stimmen in den Ruf ein, daß Deutschland jetzt nicht zahlen kann“.

So ist der Karren wieder einmal festgefahren, die Lausanner Konferenz wird vertagt, feststeht, daß Brünings Regierung in eine Sackgasse geraten ist. Feststeht, daß die Arbeiterklasse von dieser oder jener Konferenz nichts für sich zu erwarten hat, sondern daß alle Konferenzen der kapitalistischen Staaten nur darauf hinauslaufen, auf Kosten der breiten Masse den kapitalistischen Bankrott aufzubehalten. Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Welt kann sich von ihren Ketten nur befreien, wenn sie ihr Geschick selbst in die Hand nimmt.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Bezirksverein Eisleben

An alle Kumpel des Mansfelder Gebietes!

Der reformistische Betriebsrat regiert, alle anderen haben zu schweigen.

Kameraden! Wir leben im Zeichen der Notverordnungen. Warum sollte nicht auch der Betriebsrat der Mansfeld AG. gleichfalls Notverordnungen erlassen?

Wir haben also eine sogenannte Kiefner'sche Notverordnung erhalten. Der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende Martin Kiefner hat sich dieses Glanzstück eigenmächtig geleistet.

Laut Notverordnung, so heißt jetzt die allgemeine Ausrufe für alle diktatorischen Maßnahmen dem Arbeiter gegenüber. Laut Notverordnung wurden unsere Löhne ab 1. Januar 1932 um 9 Proz. abgebaut, laut Notverordnung bezahlen wir ab 1. Januar d. J. 36 RM Bürgersteuer in Eisleben. Laut Notverordnung sind die Krankenkassen- und Knappschaftsbezüge geschmälert worden, sind Versammlungen verboten. — Kommt vielleicht noch Salz- und Schlachtsteuer, vielleicht auch noch Luftsteuer?

Jede Notverordnung bringt neue Not für die Arbeiterklasse mit sich. In allen Lagern der Bourgeoisie weiß man sich jetzt zu helfen mit den wenigen Worten „laut Notverordnung“.

Auch die Mansfeld AG. gab ihren Arbeitern mit diesen Worten den neuen Lohnraub bekannt. Es wäre ja auch ein Wunder, wenn die Mansfeld AG. diese Chance nicht als eine der ersten ausgenutzt hätte, um den an sich schon völlig ungenügenden Hungerlohn zu reduzieren.

Den Beamten hat man wohlweislich nicht abgebaut.

Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Martin Kiefner hat sich nun eingebildet, wenn die Regierung Notverordnungen erläßt, dann kann er so etwas ähnliches auch fabrizieren. Laut Notverordnung hat er deshalb mit Generaldirektor Stahl vereinbart, daß jeder Arbeiter 1,20 RM Winterhilfe zahlen soll, die den Kumpeln ratenweise abgezogen wird.

Die Mansfeld AG., die ja kein Geld hat und daher vom Staate die Subventionen erhalten mußte, will nun großzügig die gesamte Summe einstreifen vorauslagern.

Diese Plünderung aus den Taschen der Bergarbeiter, die schon nicht genug zum Leben erhalten, hat begreiflicherweise große Empörung hervorgerufen und wenn Martin Kiefner die Auseinandersetzungen über seine Handlungsweise hören würde, dann würde er sich durch die Ausdrücke, die dabei auf ihn gebraucht wurden, bestimmt nicht geschmeichelt fühlen. Auf der Funktionärkonferenz in Halle am 3. Januar soll ihm von seinen eigenen Genossen der Kopf jämmerlich gewaschen worden sein und das mit Recht.

Jeder Kamerad muß einsehen, daß hier der ungeeignetste Mann in diesem Amt sitzt. Doch nur diesen einen zu verurteilen ist nichts bedeutend, da ja alle Reformisten gleich sind, was mit folgendem bewiesen wird:

Auf Grund der Vereinbarung des Gesamtbetriebsrats, Vorsitzender Kiefner, hatten einige unserer Kollegen mit dem Betriebsratsmitglied der Krughütte, Bauer, eine Aussprache, in deren Verlauf eine andere Angelegenheit ebenfalls behandelt wurde, und zwar hatte die Betriebsleitung der Krughütte in letzter Zeit zwei Feierschichten pro Woche eingelegt. Es waren nun sogar drei Feierschichten in Aussicht genommen.

Die Betriebsleitung verhandelte hierüber mit Bauer und gab an, 30 Mann entlassen zu müssen oder drei Feierschichten einzulegen. Bauer stimmte der Entlassung von 30 Mann zu, es wurden jedoch nicht 30 sondern 35 Mann auf die Straße geworfen und so in das Arbeitslosenheer eingereiht.

Auf Grund dessen wurde von unseren Kollegen eine Belegschaftsversammlung verlangt. Bauer sagte zu, diese einzuberufen und bemerkte dabei, daß er wissen möchte, was da rauspringen soll.

Bauer hat diese Versammlung bis zum 7. Januar nicht einberufen und wird es auch nicht tun, weil er sich vor der Meinung der Kollegen fürchtet. Er scheut Versammlungen wie die Pest, hat er doch im vergangenen Jahr nur eine einzige Versammlung abgehalten.

In der bereits erwähnten Unterredung wurde die Frage der Winterhilfe nochmals aufgerollt, und als unsere Kollegen erklärten, Bauer hätte sich zumindest erst hierüber mit der Belegschaft in Verbindung setzen müssen, geriet Bauer derart in Wut und Aufregung, daß er in Gegenwart eines Stahlhelmmitgliedes so brüllte, daß die auf dem Schlagplatz anwesenden Beamten es ebenfalls hörten, „Du bist ein Stimmungsmacher für den Industrie-Verband.“

Er wollte damit die Kollegen des Industrie-Verbandes öffentlich denunzieren und all' diejenigen, die nicht zu allen Maßnahmen eines Kiefner oder Bauer ja und amen sagen, aus dem Betrieb graulen.

In dieser Weise versucht man also, jeden Kumpel, der sein Recht behauptet, auf die Straße zu werfen.

Dies ist wieder einmal das beste Beispiel dafür, daß alle Reformisten in einen Topf passen.

Unsere Kollegen ließen sich jedoch nicht von diesem Betriebsratsvorsitzenden verleiten, sondern gingen wieder an ihre Arbeit, denn auch für Bauer wird die Stunde schlagen, mit der er aufhört als Betriebsratsvorsitzender zu fungieren.

In seiner Wut hat er ja zwar geschrien, er will sein Amt zugunsten unserer Kollegen niederlegen, aber er scheint es sich nun wieder anders überlegt zu haben.

Kollegen der Krughütte, an Euch wird es nun liegen, ob ein Betriebsratsvorsitzender, der Euch und Eure Interessen in keiner Weise vertritt, trotz Notverordnung zum Teufel gejagt wird oder nicht.

Diese Kapitalknechte müssen endlich abtreten und wirklichen Arbeitervortretern Platz machen.

Wir appellieren an die Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter, endlich aufzuwachen und sich zu organisieren in einer Klassenkampforganisation, wo sie nicht verraten werden, wo nicht für Lohnabbau und Entlassungen gestimmt wird, auch nicht für Winterhilfe aus Eurem Portemonnaie.

Organisiert Euch dort, wo das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder höchstes Gesetz ist, helft mit aufbauen die Einheitsfront gegen Kapital und Reformismus, behauptet die Worte „leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, jedoch vereinte Kraft kann man niemals unterjochen.“

Darum her zu uns, hinein in den Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter!

Aus der Holzindustrie

Für die Berliner Holzindustrie hat die Vierte Notverordnung insofern keine Wirkung, als weder am 1. Januar 1927 noch bei Erlass dieser Verordnung ein Tarif für Berlin bestand.

Bis zum August 1930 betrug der tarifliche Stundenlohn 1,30 RM. Da dann die tariflose Zeit einsetzte, glaubten die Unternehmer nun den Lohn willkürlich diktiert zu können und erklärten bei den Verhandlungen, der Lohn im Berliner Holzgewerbe dürfe nur 1,03 RM betragen. Das bedeutet also gegenüber dem letzten Lohnabkommen 20,8 Proz. Lohnabbau.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband kam den Herren Holzindustriellen weitmöglichst entgegen, indem er einen Abbau von 16 Proz. auf 1,09 RM vorschlug. Damit scheiterten die Verhandlungen.

Wenn nun der Deutsche Holzarbeiter-Verband die Parole herausgibt, keine Arbeit unter 1,09 RM Stundenlohn anzunehmen, im übrigen jedoch dort, wo noch gearbeitet wird, vorschlägt, diese Forderung zu stellen, aber nicht die Situation außer acht zu lassen, so will er wohl bei den Mitgliedern den Eindruck erwecken, als wenn diese Gewerkschaft noch kämpfen will. In Wirklichkeit darf er jedoch gemäß der Politik des ADGB, den Frieden nicht stören.

Im übrigen werden die Arbeitsämter bei Arbeitsvermittlungen diese Parole des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes herzlich wenig beachten und diejenigen, die sich weigern, unter 1,09 RM Stundenlohn zu arbeiten, der Arbeitsverweigerung beschuldigen.

Aus all' dem hier Aufgeführten ersehen die Berliner Holzarbeiter, wie weit es mit dieser einst so kampfstützigen Arbeiterschaft unter dem reformistischen Einfluß gekommen ist. Das ist das Fasziertum der kapitalerhaltenden Politik der freien Gewerkschaften.

Für die Holzarbeiter muß es daher heißen, sich freizumachen vom Reformismus und Mitglied der revolutionären Gewerkschaftsfront zu werden. Hinein in die Industrie-Gruppe Holzgewerbe des Bundes revolutionärer Industrie-Verbande, um dann den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Verelendung aufnehmen zu können.

Ortsgruppe Mannheim

Betriebsversammlung der Firma Papyrus, Mannheim

Der Betriebsrat obengenannter Firma berief zum Sonntag, den 3. Januar, eine Belegschaftsversammlung ein, die Stellung nehmen sollte zu dem durch Notverordnung erfolgten Lohnraub.

Trotzdem diese Frage äußerst wichtig ist, war ein schlechter Besuch zu verzeichnen, der auf eine Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie zurückzuführen ist.

Der Betriebsratsvorsitzende, Kollege Meyer, gab den Bericht über die Verhandlungen mit der Firma, um schließlich zu erklären, daß dieser Lohnabbau 10 bis 15 Prozent betrage.

Ein Vertreter der RGO. sprach über die allgemeine Lage, um am Schluß seiner Ausführungen zum Streik aufzufordern, obwohl er wußte — und es auch zugab — daß die Arbeiter in den Betrieben zur Zeit sehr deprimiert sind und daß keine Aussicht auf Streik in diesem Betriebe besteht, weil die RGO. bisher alles andere tat als das zur Durchführung eines Streiks notwendige, nämlich die Vorbedingung zur Herstellung der Kampfeinheit im Betriebe zu schaffen.

Das beständige Aufzeigen des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie genügt nicht, wenn man der Arbeiterschaft nicht Mittel und Wege zeigen kann, wie sie als Ganzes zur Kampfeinheit und zur Durchführung des Klassenkampfes kommen kann. Wenn z. B. die KPD. und RGO. den einheitlichen Kampfeswillen, wie ihn die Belegschaft der Berliner Gaswerke zum Ausdruck brachte, als Betrug und Schwindel bezeichnet und damit den Einheitswillen dieser Arbeiter mit Füßen tritt, weil sie nicht zu 100 Prozent die Linie der KPD. und RGO. vertreten, aber gewillt sind, auf dem Boden des Klassenkampfes zu kämpfen, dann beweist das, daß diese Führer nicht fähig sind, die Ansätze des Kampfeswillens der Arbeiterschaft zu begreifen und daß daher das Geschrei nach der Einheitsfront nicht anders als ein Manöver zu bewerten ist. — Das muß die Arbeiterschaft ablehnen.

Der in dieser Versammlung anwesende Vertreter des Bundes zeigte der Arbeiterschaft der Firma Papyrus auf, wie in Wirklichkeit eine Einheitsfront zustande kommen kann.

Hunger wird verordnet. Nach einer Verfügung des Berliner Magistrats werden die Wohlfahrtsempfänger ab 1. Februar, damit sie nicht zu tuppig leben, nachstehende Fürsorgesätze erhalten:

- | | |
|------------------------------------|----------|
| a) in der gehobenen Fürsorge: | |
| Für Alleinstehende pro Monat | 44,— RM |
| Für Ehepaare pro Monat | 61,50 RM |
| dazu für jedes Kind unter 6 Jahren | 13,— RM |
| dazu für jedes Kind über 6 Jahre | 15,— RM |
| b) in der allgemeinen Fürsorge: | |
| Für Alleinstehende | 35,— RM |
| Für Ehepaare | 52,50 RM |
| Für jedes Kind obige Sätze. | |

Hierzu wird gleichzeitig bemerkt, daß bei der Festsetzung der neuen Unterstützungssätze für Februar erst ein Teil der Auswirkung der Verbilligungen der Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden konnte, da die vollen Auswirkungen noch nicht zu übersehen sind, d. h. auf gut Deutsch, daß für März eine erneute Senkung dieser zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel festgelegten Sätze geplant ist, da ja nach Meinung dieser Leute alles so billig wird, daß die Unterstützungsempfänger mit noch niedrigeren Sätzen auskommen können.

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß! Durch die 4. Notverordnung sind die Invaliden-Renten der Kriegs- und Arbeitsopfer in der brutalsten Weise gekürzt worden. Besonders kraß ist die Entziehung des Kinderzuschusses oder der Waisenrente für gebrechliche Kinder.

Die wahren Auswirkungen der 4. Notverordnung haben nicht nur 400 000 Unfallrentnern die Rente völlig gekürzt, sondern auch tausenden Kriegsbeschädigten die Invalidenrente, Kindern und Waisen die Waisenrente und den Kinderzuschuß einfach entzogen, selbst dann, wenn sie hilflos, gebrechlich und völlig arbeitsunfähig sind. Hierfür ist nichts übrig.

Wofür Geld da ist. Ein Antrag der KPD., die Fürstenabfindungssummen in dieser Zeit des Geldmangels einer Revision zu unterziehen, wurde von den bürgerlichen Parteien einschließlich SPD. abgelehnt. Im Gegenteil, in einem Berufungsprozeß des ehemaligen Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg, wurden durch das Oberlandesgericht Jena demselben Werte in Höhe von 27 Millionen Mark zugesichert. Das Land Thüringen wird verurteilt, die Grundstücke des ehemaligen Fideikommisses des früheren herzoglichen Hauses an den Herzog wieder zurückzugeben. Es handelt sich um einen Besitz an Gütern, Domänen und Schlössern im Werte von 27 Millionen Mark. Das Oberlandesgericht begründet sein Urteil mit formalen Verstößen, die den Abfindungsantrag vom Jahre 1919 ungültig machen.

Der Herzog hat für seine Klage obendrein noch das Armenrecht zugiebt erhalten. Die thüringische Regierung beabsichtigt angeblich Einlegung der Revision beim Reichsgericht. Außerdem soll eine Gegenrechnung in Höhe von etwa 12 Millionen Mark für Verwaltungskosten dem ehemaligen Herzog vorgelegt werden. Die Entscheidung des Oberlandesgerichtes kennzeichnet die Situation in der deutschen Republik 13 Jahre nach dem Sturz der Monarchie.

Bekanntmachungen

Achtung, Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse!

Alle Kollegen der dem Bund angeschlossenen Organisationen und Gruppen, welche Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse Groß-Berlins sind, werden zwecks Festlegung gemeinsamen Arbeitens innerhalb der Erwerbslosen-Ausschüsse zu einer äußerst wichtigen

Versammlung

am Dienstag, dem 9. Februar 1932, vormittags 10 Uhr, in Haverlands-Festsälen, Berlin C., Neue Friedrichstraße 35, (gegenüber der Zentral-Markthalle) geladen.

Die Wichtigkeit des Erwerbslosen-Problems erfordert das Erscheinen aller erwerbslosen Ausschußmitglieder unserer Organisationen.

Achtung, Kassierer!

Die Kassierer der Ortsgruppen resp. Bezirksvereine werden erneut darauf aufmerksam gemacht, daß alle Anforderungen von Markenmaterial, Einzahlungen und Anfragen in Kassenangelegenheiten des Bundes an folgende Adresse zu richten sind:

Herrn Franz Litzke,
Bund revolutionärer Industrie-Verbande,
Berlin SO 16, Brückenstr. 8, II.

Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß Geldsendungen für den Bund nicht gemeinsam mit denen des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe oder des Industrie-Verbandes für das Metallgewerbe erfolgen dürfen, sondern getrennt für den Bund auf Postscheck-Konto Berlin Nr. 125 170 zu erfolgen haben.

Die Zahlkarten für das Postscheck-Konto werden den Kassierern zugesandt.

Das Mitgliedsbuch des Koll. Martin Kretschmar, Buch-Nr. 5387, ist verlorengegangen. Wo selbiges auftaucht, ist es abzunehmen und der Zentrale des Bundes: Berlin, Brückenstraße 8, zuzusenden. Die daraus entstandenen Unkosten werden zurückvergütet.

Achtung, Briefporto!

Gewöhnliche Postkarten.

Im Ortsverkehr 3 Pfg., im Fernverkehr 6 Pfg.

Gewöhnliche Briefe.

Im Ortsverkehr bis 20 g (zweiseitiger Folio-Briefbogen incl. Kuvert) 8 Pfg., über 20—250 g 15 Pfg., über 250—500 g 20 Pfg., im Fernverkehr bis 20 g 12 Pfg., über 20—250 g 25 Pfg., über 250—500 g 40 Pfg.

Drucksachen.

(Briefumschlag nicht verschließen, sondern Klappe nach innen legen).

Bis 20 g 4 Pfg., bis 30 g 5 Pfg., bis 100 g 8 Pfg., bis 250 g 15 Pfg., bis 500 g 30 Pfg.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Arbeiterklasse gegen den Faschismus zusammenzuschließen, wird durch die Eigenbrötelei der Partei und die Bekämpfung derjenigen, welche nicht hundertprozentig linientreu sind immer größere Zerrissenheit in der Arbeiterschaft hervorgerufen.

Wir verweisen hierbei auf die Bekämpfung unserer Organisationen durch die KPD. und ihre Nebenorganisation, die RGO. und wollen der Partei auch mitteilen, daß die Mitgliedschaft Fritz Klemkes im Industrie-Verband für das Baugewerbe, in einer Kampfororganisation, dazu beigetragen hat, in allen seinen Handlungen revolutionär zu denken.

Die ideologische Erziehung in Klassenkampforganisationen ist eine Vorschule für revolutionäres Handeln und doch werden wir immer wieder bekämpft und beschimpft, nicht etwa nur vom Gegner, sondern von denjenigen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben revolutionäre Kämpfer benötigen!

Die Arbeiterschaft will die Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus, sie lehnt jedoch zum großen Teil die Unterordnung unter die Partei ab. Schuld hieran ist der Zick-zack-Kurs der Kommunistischen Partei, vornehmlich in der Gewerkschaftsfrage.

Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus und damit gegen das Kapital bedingt die Sammlung aller revolutionären Kräfte in einer revolutionären Partei, die ein klares Programm hat und die die revolutionären Gewerkschaften, wie sie der Bund revolutionärer Industrie-Verbande verkörpert, unterstützt die es versteht, in der gegenwärtigen Periode alle revolutionären Kräfte im Proletariat zu sammeln, dann werden die Nazi-Ueberfälle an dem Widerstand der ge-einten Arbeiterklasse zerschellen.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

Her mit der wahren Einheitsfront

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Seit Jahrzehnten ertönt dieser Mahnruf, die Arbeiter daran erinnert, daß die Herstellung einer Einheitsfront erste und wichtigste Aufgabe für das internationale Proletariat ist. Doch wenn wir um uns blicken, müssen wir mit Schmerzen feststellen, daß dieser Mahnruf, obwohl verstanden, sehr wenig befolgt wird. Durch den Verrat der Zweiten Internationale wurde die bisherige Einigkeit im internationalen Arbeiterlager zerstört und damit auch die Einigkeit in den einzelnen Ländern. Neue Parteien und Parteigruppen bildeten sich und jede dieser Gruppierungen behauptet, als einzige den allein richtigen Weg und die allein richtige Methode zur Befreiung des Proletariats gefunden zu haben. Und hier sehen wir den ersten großen Fehler aller dieser Gruppen, die alle für ihre Auffassungen und Anschauungen mit einer Schärfe und Heftigkeit eintreten, die wenig geeignet ist, für die Sache des Proletariats zu werben. Statt sich in ruhiger und sachlicher Weise mit dem (proletarischen) Gegner auseinanderzusetzen, wird oftmals nach der Methode: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, verfahren. Diese Holzhammermethoden tragen bestimmt nicht dazu bei, die Arbeiter einander näher zu bringen und sind letzten Endes nur der Ausfluß von Dünkel und Starrköpfigkeit einzelner „Führer“, die da glauben, für sich das bisher nur vom Papst in Rom in Anwendung gebrachte „Prädikat der Unfehlbarkeit“ beanspruchen zu können. Dies beginnen die Arbeiter jetzt infolge der sie immer mehr bedrohenden Gefahren zu erkennen und es fängt an, in den Köpfen zu dämmern, daß es so, wie es bislang war, nicht weitergehen kann, soll nicht die gesamte proletarische Freiheitsbewegung dem Ansturm der faschistischen Kohorten erliegen und im Blut und Feuer der Konterrevolution untergehen. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß die Arbeiterschaft von sich aus alles unternimmt, was mit beiträgt, der Zerrissenheit der Arbeiterbewegung ein Ende zu bereiten, zur Erstarbung und Wiederherstellung der Kampfkraft des Proletariats. In dieser Richtung mit glänzendem Beispiel vorangegangen sind die Arbeiter der Berliner Städtischen Gaswerke, die eine Entschliebung verfaßt und den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zugestellt haben, und, soweit dies noch nicht geschehen, zustellen werden. Der Inhalt dieser Entschliebung ist so bedeutsam, daß wir den Wortlaut veröffentlichen, damit die Kollegen sich selbst von dem in der Entschliebung zum Ausdruck gebrachten Ruf nach Herstellung der Einheitsfront überzeugen können:

„Der am 1. Dezember tagende Arbeiterrat der Berliner Städtischen Gaswerke Akt.-Ges. erkennt in dieser gefährlichen Stunde den Ernst der Lage, in der sich die Belegschaften der Gaswerke und der gesamten Arbeiterschaft befinden, welche sich in dem Programm der Nazis, Deutschland in eine kapitalistische Blutdiktatur zu verwandeln, ausdrückt. Der Arbeiterrat appelliert an die Führung der Arbeiterparteien (SPD, KPD, SAP, usw.) und an die Führung der Gewerkschaften, alles daran zu setzen, daß die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt wird. Der Arbeiterrat wird jetzt schon alle Schritte unternehmen, um die Einheitsfront aller Arbeiter von unten her- und sicherzustellen.“ Wir wollen hoffen, daß dieser Sehnsuchtschrei nach Herstellung der Einheitsfront nicht ungehört verhallen wird. Denken wir daran, daß in dem Augenblick, in dem die Einheitsfront des Proletariats Tatsache geworden ist, die Blut- und Gewalt Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Kettenhunde aufgehört hat zu sein. Dieses Ziel zu erreichen muß unsere dringendste Aufgabe sein. Mögen alle Arbeiter, unbeschadet ihrer verschiedenen gruppiellen Zugehörigkeit, mit allen Kräften für die Erreichung dieses Zieles wirken; um so schneller wird der Zeitpunkt der endgültigen Befreiung eintreten.

Streik gegen 30 proz. Lohnraub

Die Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf ist in den Ausstand getreten, weil die Werksleitung einen Lohnabbau von 15 bis 30 Prozent vornahm. Die Streikenden haben ein Streikkomitee gewählt, das sich aus den Mitgliedern der verschiedenen Verbände zusammensetzt und mit der Führung des Streiks beauftragt. Streikposten sind vor dem Werk aufgestellt, um Zuzug fernzuhalten.

Ein ganz ungeheures Provokateurstückchen, was sich die Leitung des Stahl- und Walzwerkes erlaubt und das von den Arbeitern des Werkes zurückgewiesen werden mußte, wollten sie nicht Gefahr laufen, völlig unter den Schlitzen der Direktion zu geraten. Erst vor kurzer Zeit wurde ein Lohnabzug, wenn auch in verdeckter Form, vorgenommen, als die neunte Arbeitsstunde für die Blockstraße eingeführt wurde. Leider haben damals die Kollegen des Walzwerkes die Situation nicht durchschaut, sonst wäre schon bei dieser Gelegenheit der Betrieb stillgelegt worden, und die Kollegen der Blockstraße hätten nicht verbluten brauchen. Was die Kollegen damals nicht begriffen, haben sie heute infolge des brutalen und gemeinen Vorgehens der Firma gelernt: Gemeinsam und in enger Verbundenheit die Angriffe der Ausbeuter abwehren. So steht denn heute die Belegschaft dem provozierenden Unternehmer geschlossen gegenüber, und die Lage dieses Streiks ist eine weit günstigere als beim letzten. Trotzdem müssen die Arbeiter auf der Hut sein, denn die Direktion versucht mit allen Mitteln, den Streik zu unterbinden und illusorisch zu machen. Und die Direktion hat nicht zu unterschätzende Bundesgenossen. Da ist vor allen Dingen der christliche Verband. Dieser bezeichnet jede Arbeitsniederlegung als eine Sünde, die hart bestraft werden müsse, und verweigert auch demgemäß jegliche Unterstützung der streikenden Mitglieder. Weitere Gefahren drohen den Streikenden durch den Deutschen Metallarbeiterverband. Seine Bevollmächtigten gehen bei Herrn Direktor Moll ein und aus, unterbreiten Vorschläge, und gerade diese Vorschläge sind es, die die Direktion veranlaßt haben, einen so hartnäckigen Standpunkt einzunehmen. Doch die größte Gefahr ist die der Uneinigkeit, die unter allen Umständen vermieden werden muß. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn die Arbeiter sich von vornherein gegen jede Bevormundung durch

irgendwelche Kommandeure zur Wehr setzen und es nicht dulden, daß ihr Kampf zu irgendwelchen Manövern benutzt wird.

Daß die Abwehraktion der Walzarbeiter natürlich die besondere Aufmerksamkeit der Polizei erregt, ist bei der heutigen Aufgabenstellung dieser Behörde nicht verwunderlich. Auch ist es leichter, friedlichen und unbewaffneten Arbeitern die Versammlungsräume wegzunehmen und sie von den Fabrikatoren zu vertreiben, als eine Horde bewaffneter Naziverbrecher in Schach zu halten oder gar zu verhaften.

Streik der Schleifer und Galvaniseure

Am Dienstag sind in einer Anzahl von Betrieben die Metallschleifer und Galvaniseure in den Streik getreten. Ein Lohnantrag in dieser Branche schon seit einigen Monaten nicht mehr. Die Verhandlungen, die mit den Unternehmern geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die auf ihrer Forderung der Herabsetzung der Löhne bestehen und sich weigern, einen Tarif abzuschließen. Der Streik, der von den Schleifern und Galvaniseuren am Montag, dem 18. Januar, beschlossen wurde, geht unvermindert weiter.

Leider wird der Streik den Kollegen Schleifern und Galvaniseuren keinerlei Vorteile bringen, weil die an der Spitze des Streiks stehenden DMV-Bürokraten alles tun, um nach alter Gewohnheit abzuwürgen, was abzuwürgen geht. Schreibt doch der Vorwärts, daß das Ziel des Streiks: Abschluß eines Lohnantrages, unter allen Umständen erreicht werden soll, selbst dann, wenn damit eine größere Lohnsenkung verbunden ist. Diese Erklärung des Vorwärts zeigt, daß der DMV mit den Unternehmern schon wieder mal einig ist in der Frage der Lohnherabsetzung. Das starke betonen „Erreichung des Abschlusses eines Tarifvertrages unter allen Umständen“ soll die Kollegen glauben machen, als ob die Bürokratie zu Kämpfen gewillt sei, während sie in Wirklichkeit dieses Schlagwort nur benutzt, um die Kollegen irreführen und sie abzulenken von dem Kuhhandel, den sie mit den Unternehmern treibt.

Firma wegen Maßregelung verurteilt

Wir entnehmen der „M.Z.“ folgende, besonders für Betriebsräte wichtige Arbeitsgerichtsentscheidung:

Die Kläger waren bei der Firma Brinker Eisenwerk M. H. Müller in Brink bei Hannover beschäftigt. Sämtliche Kläger waren Mitglieder des Betriebsrats bei der Beklagten. Am 1. Dezember 1930 hing die Betriebsleitung im Betriebe eine Bekanntmachung aus, worin eine Neuregelung der Akkorde ab 1. Dezember 1930 angekündigt wurde. Die Arbeiter hielten sofort mit Erlaubnis der Beklagten eine Versammlung ab und forderten, die „Bekanntmachung“ zu entfernen. Als das abgelehnt wurde, erklärte der Betriebsratsvorsitzende D., daß die Belegschaft die Arbeit einstelle. Das geschah. Am 22. Dezember 1930 wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen. Trotzdem wurde dem Betriebsrat am Weihnachtsabend gekündigt. Die Kläger sahen die Kündigung als Maßregelung an. Da die Kündigung ohne Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgt sei, so verstoße sie gegen § 66 und 90 des Betriebsrätegesetzes und sei deshalb rechtsunwirksam.

Das Landgericht in Hannover verurteilte die Beklagte, den Klägern ihren Lohn weiterzuzahlen. Die beklagte Firma wäre berechtigt gewesen, auf eine Streikerklärung ihre gesamte Belegschaft sofort zu entlassen. Sie hat das nicht getan und sie hat auch die Betriebsratsmitglieder nicht entlassen oder gekündigt, sondern hat das erst am 24. Dezember 1930 getan. Durch ihr Verhalten hat die Beklagte unzweifelhaft zu erkennen gegeben, daß sie selbst eine Kündigung am 1. Dezember nicht vorgenommen haben wollte und nicht für vorliegend erachtet. Die Kündigung sei deshalb rechtsunwirksam, da sie ohne Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgt sei. Die Entlassung sei als eine Maßregelung anzusehen und aus diesem Grunde mußte die Beklagte zur Zahlung des Lohnes verurteilt werden.

Gegen dieses Urteil legte die Firma und der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Hannover, Berufung ein. Rechtsanwalt Dr. Katz, Hannover, beantragte die Zurückweisung der Klage, da das Urteil keine rechtlichen Mängel enthalte.

Das Reichsgericht wies die Revision als völlig unbegründet zurück und legte der Beklagten die gesamten Kosten des Rechtsstreits auf. Die Kläger seien ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen worden. Diese Entlassung sei rechtsunwirksam und käme einer Maßregelung gleich. (RAG. 324/31.)

Ein Arzt über die Sowjetunion

Der sozialdemokratische Professor und Arzt Alfred Kantorowicz in Bonn, einer der Teilnehmer der Aertzedelelegation, die vor kurzem die Sowjetunion bereiste, sprach dieser Tage in der Mitgliederversammlung der Kölner Sozialdemokratie. Wir entnehmen seiner Rede nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ folgende Bemerkungen:

„Notorisch unwahr ist auch die Behauptung, man sehe in Rußland nur das, was man sehen solle und man werde wie ein Tier am Gängelbande geführt. . . . Der Zustand in Rußland ist als Übergang zum Sozialismus und als Aufbauperiode zu bezeichnen. Der Wohnungspreis ist nach dem Kopfeinkommen der Bewohner abgestuft. Sehr oft wird hier in Deutschland von einer Hungersnot gesprochen. Das ist Schwindel. Es hungert drüben kein Mensch. Es ist nicht wahr, daß die Menschen in Rußland zerlumpt und ohne Schuhe herumlaufen.“

Das Eingeständnis der christlichen Gewerkschaften

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, nimmt zu dem neuen Lohnabbau in der Gruppe Nord-West, für die bekanntlich in Essen ein Schiedsspruch gefällt wurde, wonach der Lohn der Facharbeiter von 79 auf 70 Pfennig, der der Hilfsarbeiter von 63 auf 55 Pfennig, herabgesetzt wurde, Stellung. Das Blatt Stegerwalds schreibt: „Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß man die täglichen Rationen um mindestens 20 Prozent heruntersetzen muß, und zwar ausschließlich in der Menge, weil man ja ohnehin schon auf die billigsten und minderwertigsten Nahrungsmittel angewiesen war.“

Dann kann man nur mit Bitterkeit und Ingrim an die bevorstehende Zeit denken und an die Gerechtigkeit und die Notgemeinschaft im deutschen Volksstaat.

Hinzu kommt schließlich noch, daß bei diesen Berechnungen die im Januar bevorstehende Erhebung der Bürgersteuer nicht in Betracht gezogen ist. Man sträubt sich dagegen, an die Not zu denken, im Interesse der Familie, die diese Abgabe in verstärktem Maße hervorrufen wird. Der wöchentliche Abzug von mindestens 2,25 RM zwölf Wochen lang bedeutet, buchstäblich hungern zu müssen — arbeiten und hungern — genau so wie keine Arbeit zu haben und auch hungern zu müssen.“

Hoffentlich ziehen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die dieses lesen, daraus die Schlussfolgerung, daß man mit freien und christlichen Gewerkschaften keine Klassenkampfpolitik treiben kann, und daß man mit Neutralitätspolitik gegenüber dem Kapital keine Verbesserung seiner Lebenslage zu erwarten hat.

Auch hier heißt es, sich einreihen in die Klassenfront, in Klassenkampfgewerkschaften!

Versammlungsanzeiger

Bezirk Wedding

Dienstag, den 9. Februar 1932, abends 7.30 Uhr, im Lokal Isert, Maxstraße 12.

Bezirk Norden

Dienstag, den 9. Februar, abends 7.30 Uhr, im Lokal Stoll, Swinemünder Straße 81.

Bezirk Süden

Montag, den 22. Februar, abends 7.30 Uhr, im Lokal Waldmann, Admiralstraße 22.

Bezirk Moabit

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7.30 Uhr, im Lokal Stromstraße 2.

Bezirk Osten

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7.30 Uhr, im Lokal Eisenberg, Rüdersdorfer Straße, Ecke Fruchtstraße.

Ausschneiden! Aufbewahren! Zahlstellen-Verzeichnis

Wir machen alle erwerbslosen Mitglieder des Industrie-Verbandes für das Metallgewerbe darauf aufmerksam, daß sie zur Vermeidung des Verlustes ihrer Rechte für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Freimarken kleben müssen. Dieselben werden jedoch nur in den Zahlstellen ausgegeben; daselbst erhalten die Kollegen auch ihre Zeitung. Ein Zwang, in diesen Lokalen etwas zu verzehren, besteht nicht. Nachstehend die Zahlstellen, in denen Freimarken geklebt werden können:

Norden: Lokal Seidel, Graunstraße 1, Freitag von 7—9 Uhr; Lokal Marquardt, Voltastraße 22, Donnerstag von 3½—5½ Uhr; Lokal Nikolaiski, Weißenburger Straße 51, Freitag von 7—9 Uhr.

Wedding: Lokal Isert, Maxstr. 12, Freitag von 7—9 Uhr.

Osten: Lokal Eisenberg, Rüdersdorfer Str. Ecke Fruchtstraße, Freitag von 7—9 Uhr; Lokal Nitz, Warschauer Str. 9, Freitag von 7—9 Uhr.

Südosten: Lokal Burkhard, Görlitzer Straße 52, Freitag von 7—9 Uhr.

Süden und Südwesten: Lokal Waldmann, Admiralstr. 22, Freitag von 7—9 Uhr.

Schöneberg: Lokal Fehde, Belziger Str. 3, Freitag von 7—9 Uhr.

Charlottenburg: Lokal Werner, Wallstraße 96, Sonnabend von 6—8 Uhr; Lokal Tietz, Nehringstraße 4a, Sonnabend von 6—8 Uhr.

Spandau: Lokal Brenndemühl, Moritzstraße 16, Freitag von 7—9 Uhr.

Reinickendorf-Ost: Lokal „Schönholzer Festsäle“, Nordbahnstraße 22, Freitag von 7—9 Uhr.

Reinickendorf-West: Lokal Hallmann, Wachholder-Ecke Schillingstraße.

Steglitz: Lokal Sabinski, Düppelstraße 7, Freitag von 7—9 Uhr.

Tempelhof: Maas, Mariendorf, Chausseestraße 27, Freitag von 7—9 Uhr.

Tegel: Lokal Schlenz, Bruno-Ecke Treskowstraße, Sonnabend von 7—9 Uhr.

Pankow: Lokal „Paradiesgarten“, Schloßstraße 2, Sonnabend von 7—9 Uhr.

Oberschöneweide: Lokal Jahnke, Niederschöneweide, Erückenstraße 3, Freitag von 7—9 Uhr.

Cöpenick: Lokal Augustin, Rosenstraße 1, Freitag von 7—9 Uhr.

Gesundbrunnen: Lokal Buggert, Pankstraße 60, Freitag von 7—9 Uhr.

Moabit: Lokal Stromstraße 28, Freitag von 7—9 Uhr.

Außer in diesen Lokalen sind in allen Verkehrslokalen des I. V. f. d. B. Freimarken erhältlich.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Mozartstraße 7, pt. — Telefon: E 5 Lichtenberg 3349

120 neue Kriegsschiffe

Reparationskonferenz, Ratstagung des Völkerbundes und schließlich die Abrüstungskonferenz am 2. Februar — voraussichtlich! — so geht es wieder los im Jahre 1932, wie noch fast in jedem Jahr. Niemand hat die Konferenzen gezählt, die in den letzten 13 Jahren, zur „endgültigen Liquidierung des Krieges“, zur „Lösung der Reparationsfrage“ und der „Abrüstung“ stattfanden. Wir wissen nur eines: Je mehr Konferenzen, desto schlechter geht es uns. Je mehr vom Frieden geredet und über die Abrüstung verhandelt wird, desto näher rücken neue Kriegsgefahren, desto wahnwitziger rüsten die imperialistischen Länder auf.

Deutlicher als alle Abrüstungsreden und Abrüstungsprogramme sprechen die Tatsachen. Aus Washington wurde am 4. Januar amtlich gedruckt:

Der Vorsitzende des Marineausschusses im Repräsentantenhaus Vinson teilte mit, dem Hause werde eine

Vorlage über den Bau von 120 neuen Kriegsschiffen zugehen, die mit einem Kostenaufwand von 616 250 000 Dollar, verteilt auf die nächsten zehn Jahre, erbaut werden sollen. Das Programm, das mit Unterstützung des Marineamtes aufgestellt worden ist, sieht auch die Fertigstellung von 16 im Bau befindlichen Kriegsschiffen vor.

Wie der Korrespondent der „New York Times“ dazu ergänzend erfährt, wurden nachträglich die Pläne für fünf im Bau befindliche 10 000-Tonnen-Kreuzer abgeändert, um sie nach dem Vorbild des Panzerschiffes „Deutschland“ zu bauen.

An demselben Tag berichtet die Presse über die Neujahrsbotschaft des englischen Flottenvereins, worin gleichfalls der Bau neuer Kreuzer, entsprechend den Plänen des Volksmund als Hermann-Müller-Kreuzer bekannten Panzerkreuzers A gefordert wird. Wieder einmal: Deutschland in der Welt voran.

Wem wollen die Imperialisten heute noch erzählen, daß es ihnen mit der Abrüstung und mit der Erhaltung des Friedens ernst ist? Die Krise des Kapitalismus treibt die herrschende Klasse zu dem Versuch einer kriegerischen Lösung durch Neuaufteilung der Märkte.

Aus der Sowjet-Union

In der Sowjetunion besteht nicht die Zersplitterung des Versicherungswesens (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Erwerbslosen- und sonstigen Versicherungen) wie in den kapitalistischen Ländern. Es gibt nur ein einheitliches, planmäßiges und zentral verwaltetes Versicherungswesen, dem alle Versicherungsarten unterstehen. Schon im Aufbau und Verwaltungssystem des Versicherungswesens unterscheidet sich die Arbeiterversicherung in der Sowjetunion grundsätzlich von denen in den kapitalistischen Ländern. Aber auch in den Beiträgen und in den Leistungen für die Versicherten besteht nicht nur ein gradueller, sondern ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Versicherungssystem der Sowjetunion und denen der kapitalistischen Länder.

Die entscheidenden Unterschiede zwischen dem sozialen Versicherungswesen in der Sowjetunion und dem in den kapitalistischen Ländern sind folgende:

1. In der Sowjetunion müssen die Betriebe (Staatsbetriebe) die gesamten Beiträge für die Versicherung zahlen, die Arbeiter leisten keine Beiträge.

2. Die Verwaltung des gesamten Versicherungswesens geschieht nur durch die Arbeiter, die Betriebsleitungen haben keinen Einfluß darauf.

3. Die Versicherten dürfen wegen Inanspruchnahme der Versicherung (Krankheit, Schwangerschaft usw.) nicht entlassen werden.

Die Invalidenversicherung.

Die Invalidenversicherung ist aufs engste verbunden mit der Krankenversicherung und steht mit dieser unter einheitlicher zentraler Verwaltung. Die Invalidenversicherung der Sowjetunion geht dabei weit über das System ähnlicher Art

in den kapitalistischen Ländern hinaus. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Berufskrankheit, die im Versicherungswesen der kapitalistischen Länder nicht unter die Versicherungspflicht der Invalidenversicherung fällt, in der Sowjetunion mit dem Betriebsunfall auf gleiche Stufe gestellt wird. Arbeitsunfähigkeit infolge von Betriebsunfall oder Berufskrankheit, sofern sie nur vorübergehender Natur ist, also wieder die Arbeitsfähigkeit ermöglicht, wird wie ein sonstiger Krankheitsfall behandelt; für die ganze Dauer der Arbeitsunfähigkeit wird der volle Arbeitslohn weiter bezahlt. Führt der Betriebsunfall oder die Berufskrankheit zu völliger oder teilweiser Invalidität, so tritt die Rentenfürsorge in Kraft. Die Invalidenrente ist nach der Dauer der Arbeitsjahre und dem Alter des Arbeiters gestaffelt. Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Lohne bis zu 40 Rubel monatlich erhalten den vollen Lohnsatz als Rente. Arbeiter und Arbeiterinnen mit 50—100prozentiger Arbeitsunfähigkeit erhalten an Unterstützung bis zu 50 Prozent. Daraus ergibt sich, daß Arbeitsunfähige infolge von Invalidität eine ständige Rente beziehen, die in den niedrigen Gruppen dem Arbeitslohne gleichkommt und steigt bis zur Höchstgrenze von 150 Rubel im Monat. Jene erbärmlichen Hungerrenten, wie sie in den kapitalistischen Ländern bestehen, die den Invaliden das Leben unmöglich machen, kennt man in der Sowjetunion nicht.

Die Altersrente.

Die Altersrente wird bezahlt für alle Arbeiter sämtlicher Berufe vom 60. Lebensjahre ab, für Arbeiterinnen und für Bergarbeiter vom 50. Lebensjahre ab. Die Höhe der Altersrente beträgt 50 Prozent des Lohnsatzes, den der Arbeiter in den besten Jahren erreichte, mindestens aber 200 Rubel pro Jahr. Die Höchstgrenze der Altersrente beträgt 150 Rubel pro Monat. Auch wenn der Altersrentner weiter im Arbeitsverhältnis verbleibt und Arbeitslohn weiterbezieht, wird die Altersrente in gleicher Höhe gezahlt. Aus alledem ergibt sich, daß die Sowjetunion die so gefürchteten Rentenquetschen des kapitalistischen Ausbeutungssystems nicht kennt.

Wie sieht es mit der Versicherung in den kapitalistischen Ländern aus? Von den genannten 77 Ländern existieren nur in 30 Ländern, und auch in diesen nicht überall, obligatorische Altersversicherungen:

Höhe der Altersrente in Prozenten des Lohnes

Land	qualifizierte		unqualifizierte
	Arbeiter	Arbeiter	
Belgien	6,2	8,6	
Tschechoslowakei	10,1	17,0	
Schweden	15,2	18,7	
England	15,3	21,6	
Dänemark	16,3	22,3	
Australien	17,2	20,8	
Italien	31,4	—	
Deutschland	32,1	40,5	
Oesterreich	33,5	39,4	
Sowjetunion	50,0	50,0	

Auch hier sehen wir wieder, wie die Sowjetunion gegenüber allen Ländern an der Spitze marschiert und als einzige, eine ausreichende Unterstützung für die Altersrentner gewährt. Amerika fehlt auch hier wieder wie bei allen anderen Versicherungen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, die entweder 25 Jahre werktätige Arbeit verrichteten oder besondere Verdienste in der Produktion, im Staatsdienst, in der Wissenschaft oder in der Volkswirtschaft aufzuweisen haben, erhalten ein Ruhegehalt in Höhe von 75 Prozent ihres früheren höchsten Arbeitsverdienstes.

Pensionen.

Arbeiter des Bildungswesens, medizinisches Personal und Arbeiter, die sich besondere Verdienste für die Sowjetrepublik erworben, erhalten nach den Grundsätzen der Invaliden- und Altersrente Pensionen von 1800 bis 3000 Rubel pro Jahr.

im Schlamme versackt sind oder auch ins offene Meer abgetrieben wurden.

Ein anderer, sehr bekannter und an der Wasserkante in jeder Hafenschänke diskutierter Fall ist die Geschichte vom Untergang der Fregatte „Lutine“. Ein englisches Kriegsschiff, das besonders ausgerüstet wurde, um eine Anleihe der Hamburger Pfeffersäcke und Ratsherren von London nach Hamburg zu bringen. Das Schiff segelte 1799 ab und war wenige Tage später verloren, nachdem es vorher einem Seeräubereingriff entgangen war. Mitten in einem schweren Sturm bekam die Fregatte Ruderschaden, wurde abgetrieben und in der Nähe der Zuidersee auf eine Sandbank geworfen. Sie kenterte und versank. Das Schiff hatte 24 Millionen Goldtaler an Bord. Englische und holländische Bergungskompagnien erwarben wiederholt Bergungskonzessionen auf den Schatz der „Lutine“. Bisher haben sich aber alle Bergungsversuche wenig ertragreich erwiesen. Bis zum Kriegsbeginn 1914 hatte man erst vier Millionen Taler geborgen.

Die Millionen der „Laurentic“

Der dritte Fall ist der Untergang der „Laurentic“, die 1917 durch ein U-Boot torpediert wurde und an der irischen Küste unterging. Das Schiff hatte für einhundert Millionen Mark Gold an Bord. Da das Schiff bei der Torpedierung barst, gestalten sich die Bergungsarbeiten sehr schwierig. Die Goldkisten waren nach unten durchgebrochen und im Schlick versunken. Doch ist es unermüdlicher Arbeit der Taucher gelungen, bisher 14 Millionen Gold zu bergen, so daß die „Laurentic“ den einzigen Fall abgibt, wo sich die kostspieligen Hebe- und Bergversuche lohnten.

Der letzte und modernste Versuch, Gold aus dem Meere zu heben, wurde in diesem Sommer von einer italienischen Gesellschaft in der Biskaya durchgeführt. Dort ist der Geldtransportdampfer „Egypt“ gesunken, mit einer großen Goldladung für Mussolini an Bord. Monatelang hat der italienische Bergungsdampfer „Artiglio“ an der Hebung des Schiffes gearbeitet, um den Goldschatz wiederzugewinnen. Im letzten Moment mußten die Arbeiten aber abgebrochen werden, da die aufkommenden Winterstürme das Weiterarbeiten unmöglich machten.

Versunkenes Gold

Mister Phipps, von der „ehrbaren Zunft“ der Schiffszimmerleute, rüstete 1662 ein englisches Kriegsschiff aus, um die Goldschätze eines gesunkenen spanischen Seeräubers unweit der Küste zu heben. Der Versuch gelang. Phipps fand nicht nur zehn Millionen an Gold und Silber, sondern auch das Prinzip der Taucherglocke. Seit dem erfolgreichen Unternehmen des britischen Schiffszimmermanns sind immer wieder Abenteurer aufgetaucht, die die Bergung fast sagenhafter Schätze untergegangener Kauffahrtflotten durchführen wollten, aber meist nichts anderes fanden als den Tod. Erst 250 Jahre nach der Erfindung der Taucherglocke durch Mister Phipps waren die technischen Bedingungen zur Bergung gesunkenen Schiffsgutes so weit entwickelt, daß ernsthafte und lohnende Versuche dieser Art unternommen werden konnten.

Die spanische Armada

In der Geschichte der Schifffahrt sind vor allem vier Fälle bekannt, wo unermeßliche Schätze an Silber und Gold ins Meer sanken. Am bekanntesten und berühmtesten davon ist die Geschichte vom Untergang der spanischen Armada. Mit 160 Schiffen hatte am 29. Mai 1588 der spanische Admiral Lissabon verlassen, um die britische Seemacht niederzuzwingen. Ein furchtbarer Sturm an Schottlands Westküste machte dem Unternehmen ein vorzeitiges Ende. Die Armada versank. Seitdem liegt das Flaggschiff der spanischen Flotte mit dem gesamten Kriegsschatz von 600 Millionen Gold und Silber auf dem Grund der Bucht von Tobermory. Dreihundertfünfzig Jahre liegt das Gold der Armada im Meere, ohne daß es bisher, trotz zahlreicher Versuche, gelungen wäre, auch nur einen Teil des Schatzes aus der Tiefe zu holen. Die starken und wilden Strömungen, und besonders die Tiefe der Bucht, machen das Tauchen fast unmöglich. Wer es bisher gewagt hatte, auf Grund zu kommen, mußte den Versuch mit dem Leben bezahlen. Nur nach tosenden Stürmen finden die schottischen Fischer spanische Goldmünzen am Strand, ein Zeichen dafür, daß noch ein großer Teil des alten Schatzes vorhanden sein muß, obgleich angenommen wird, daß die Armada, und vor allem das schatzbergende Flaggschiff „Duque de Florencia“, schon zu tief

Jahr	Anzahl Personen
1921	378 000 Personen
1925	481 000 Personen
1926	603 000 Personen
1927	725 000 Personen
1928	887 000 Personen
1929	1 086 000 Personen

Familien, deren Ernährer gestorben ist, erhalten für Kinder unter 16 Jahren, für arbeitsunfähige Eltern und Geschwister, die von dem Verdienst des verstorbenen Arbeiters lebten, Hinterbliebenenrente. Die Höhe der Hinterbliebenenrente ist nach der Kinderzahl bzw. der Anzahl der Familienmitglieder gestaffelt und schwankt zwischen einem Drittel und drei Vierteln des Verdienstes des Ernährers.

(Aus H. Remmele Buch „Die Sowjetunion“)

Versammlungskalender

Fürstenberg:

Freitag, den 5. Februar, abends 7 Uhr, bei Göring, Buschkrug bei Fürstenberg (Oder).

Waltersdorf:

Dienstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, bei Busch, Rüdersdorf, Brückenstr. 1.

Spandau:

Montag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, bei Norot, Weißaburger Str. 33.

Kremmen:

Montag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, bei Olm, Dammstraße 219.

Potsdam:

Dienstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, bei Wüstenhagen, Alte Königstr. 27.

Schöneweide:

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr, bei Hildebrandt, Siemens-Ecke Tabbertstr.

Niederlehme:

Freitag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, bei Rolewski, Neue Mühler, Ecke Bismarckstraße.

Berlin:

Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 Uhr, bei Poczontek, Lichtenberg, Hauptstr. 87.

Köpenick:

Montag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, bei Augustin, Köpenick, Rosenstr. 11.

Kollegen! Wenn ihr die Zeitung gelesen, so werft sie nicht weg, sondern übergebt sie Anders- oder Nichtorganisierten!

Buchkontrolle

Wir weisen nochmals auf die Kontrolle aller Mitgliedsbücher hin und ersuchen alle Ortsgruppenleiter und -kassierer dafür zu sorgen, daß alle Bücher, auch der arbeitslosen und kranken Kollegen, restlos zur Kontrolle abgegeben werden, da die in den Mitgliedsbüchern geleisteten Beitragsmarken auf unsere Kartothek-karten übertragen werden.

Wer sein Buch nicht zur Kontrolle gibt, muß damit rechnen, daß in Unterstützungsfällen bei der Auszahlung Schwierigkeiten entstehen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 5. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23.

Scapa Flow

Fast gleichzeitig mit dem Aufgeben der Hebungversuche des „Egypt“ mußte auch die britische Regierung einen interessanten Versuch aufgeben. In der Bucht von Scapa Flow hatte 1919 der deutsche Admiral die abgelieferte Kriegsflotte einfach versenken lassen. Diese Aktion war, abgesehen von ihrer politischen Unsinnigkeit und den Folgen für Deutschland, zugleich eine Gefährdung der dortigen Schifffahrt. Ein ungeheures Schiffsmaterial wurde verschwendet. Sachverständige schätzten den Wert der versenkten Flotte auf eineinhalb Milliarden Mark. Jedes der dort versenkten 32 Großkampfschiffe hatte einen durchschnittlichen Wert von 50 Millionen Mark. Es wurden deshalb Hebeversuche angestellt, um wenigstens den Schrott zu retten und die Fahrtrinne der Bucht freizubekommen. Zahlreiche Tiefseetaucher waren in wochenlanger Arbeit unter Wasser tätig, schweißten und bohrten, um die Schiffe zur Hebung vorzubereiten. Dann wurden Ketten und Hebetrossen um die Schiffsrümpfe gelegt und nun sollten besonders konstruierte Hebeschiffe und Preßlufttanks die wrackten Kriegsschiffe wieder über Wasser heben. Das erste große Schiff, das auf diese Weise gehoben wurde, war der ehemalige Panzerkreuzer „Hindenburg“, das modernste Kampfschiff der deutschen Kriegsmarine, das im Kriege fertiggestellt, nicht weniger denn 89 Millionen Mark zu bauen gekostet hatte. Nach der Bergung des Schiffes stellte sich heraus, daß durch die Einwirkungen des Seewassers das Schiffsmaterial ganz wertlos geworden war.

Zahllos sind die Versuche, versunkenes Gold dem Meere wieder zu entreißen. Bis auf zwei Fälle sind dieselben wenig erfolgreich gewesen. Nur unter größten Opfern gibt das Meer frei, was es gefordert hat. Und doch tauchen immer wieder die abenteuerlichsten Pläne auf, versunkene Schätze zu bergen. Es scheint in unserer Zeit größter Wirtschaftskrisen des zerfallenden Kapitalismus fast sinnlos, daß Millionen aufgeboden werden, um versunkenes Gold zu bergen, da in den großen internationalen Banken das festgefrorene Gold wesentlich dazu beiträgt, die Krise zu verschärfen.